

# PARLAMENTARSREPORT



Liebe Leserinnen und Leser,

*es war der Aufreger Ende November in Sachsen: Der Kunstraub aus dem „Grünen Gewölbe“ in Dresden. Die Empörung ist groß, auf unserer Seite auch über die pathetische Reaktion des Ministerpräsidenten, der sogleich behauptete, „die Werte, die hier zu finden sind, wurden von den Menschen in unserem Freistaat über viele Jahrhunderte hart erarbeitet“, und deshalb seien „wir Sachsen“ auch „bestohlen“ worden. Er könnte durchaus wissen, dass diese Juwelensammlung weit vor der Existenz des Freistaates entstand und auch nicht einer Arbeitswelt nach heutigen Vorstellungen entsprungen ist, um es mal diplomatisch zu formulieren.*

*Wie dem auch sei: Es muss aufgeklärt werden, wieso dieses Verbrechen möglich war. Es erschüttert und macht fassungslos, wie ein solch krimineller Zugriff auf weltbekannte Kunstschatze zugelassen wurde. Es gibt offene Fragen zur Sicherheitstechnik und überhaupt zur Sicherung des Grünen Gewölbes, die wir nun auch in einem Landtagsantrag aufgegriffen haben. Wir verlangen eine rückhaltlose und umfassende Aufklärung der Staatsregierung gegenüber Landtag und Öffentlichkeit. Was die Verantwortlichen vor Ort seit Tagen an Widersprüchlichkeiten und Ungereimtheiten von sich geben, ist an Peinlichkeit nicht mehr zu überbieten. Es macht fassungslos, mit welchem Dilettantismus hier kostbarste Kunstschatze faktisch der Schutzlosigkeit preisgegeben wurden. Ich möchte daher von der Staatsregierung auch wissen, welche Konsequenzen gezogen werden, bevor wir vom nächsten großen Kunstraub überrascht werden.*

*Rico Gebhardt*

Rico Gebhardt  
Fraktionsvorsitzender

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Sächsischen Landtag

## Dieser Koalitionsvertrag wird den Herausforderungen nicht gerecht

Nach langen Verhandlungen haben CDU, Grüne und SPD am 1. Dezember ihren Koalitionsvertrag präsentiert. In den folgenden Wochen hat die Basis der drei Parteien das Wort zu den 133 Seiten – während bei der CDU nur ein Parteitag abstimmt, sollen bei SPD und Grünen die Mitglieder entscheiden. Erst kurz vor Weihnachten wird wohl die Wahl des Ministerpräsidenten im Landtag auf der Tagesordnung stehen.

**DIE LINKE kritisiert den Entwurf für einen Koalitionsvertrag der Kenia-Koalition. Dazu hat der Fraktionsvorsitzende im Landtag, Rico Gebhardt, gemeinsam mit den Landesvorsitzenden Susanne Schaper und Stefan Hartmann die folgende Erklärung abgegeben:**

„Eigentlich ist in der Welt die Hölle los, auch wir in Sachsen spüren das: Menschen demonstrieren, Konzerne manipulieren, die Wirtschaftsstruktur wandelt sich, in den Städten explodieren die Mieten und kleine Städte und Dörfer bluten aus. Aber in Sachsen soll es im Großen und Ganzen weitergehen wie bisher. Dieser Vertrag wird den großen gesellschaftlichen Veränderungen nicht gerecht.“

Als erste Maßnahme wäre doch zumindest die Abschaffung des als Schuldenbremse getarnten Investitionsverbots nötig gewesen, damit wir in Sachsen Fortschritt aktiv gestalten können, statt nur von der Seitenlinie zuzuschauen.

Statt auf eine Aktivierung des Staates für unser Gemeinwesen setzt die Koalition weiterhin die Hoffnung darauf, dass Funklöcher durch private Unternehmen geschlossen werden und der Markt die Probleme löst, die er mit verursacht. Sächsischer Grund und Boden soll auch weiterhin verkauft werden und Städte sieht der Koalitionsvertrag als „Zuhause“ für „große Investoren“.

Das Bündnis ist weder eine ‚Sachsen-Koalition‘ auf breiter Basis noch ein Zukunftsprojekt, darüber können teils gute Kompromisse wie beim Kita-Personal nicht hinweg-

täuschen. Anstelle eines echten Aufbruchs geht es der Koalition vor allem um schöne Begriffe. Neue Etiketten, kaum neuer Inhalt – wie bei der Tiefkühlpizza, auf der ‚Neue Rezeptur‘ steht, obwohl das Gleiche drin ist.

Es sagt auch viel aus, was im Vertrag nicht vorkommt: Mit keinem Wort wird auf Armut oder Frieden eingegangen. Die Benachteiligung des Ostens beispielsweise beim Lohngefüge, Konzepte für eine verlässliche Nahversorgung auf dem Land oder für sozial gerechten Klimaschutz sind ebenfalls nicht zu finden.

Aus den Erfahrungen der letzten Legislaturperioden gehen wir zudem davon aus, dass viele Vereinbarungen aus diesem Koalitionsvertrag wohl nicht vollständig umgesetzt werden.

Fortschrittliche Politik wäre nur mit einer **Mittels-links-Regierung** in Reichweite – dafür kämpfen wir unbeirrt.“



## Sachsen darf kein Aufmarschgebiet sein!

Wer viel auf sächsischen Autobahnen unterwegs ist, hat gute Chancen, immer wieder Kolonnen von Militärfahrzeugen zu begegnen. Das dürfte im Frühjahr noch wahrscheinlicher werden. Denn laut der Informationsstelle Militarisierung (IMI) beabsichtigen die Streitkräfte der USA „mit Beteiligung anderer NATO-Staaten und der Bundeswehr die Durchführung eines militärischen Großmanövers mit der Bezeichnung ‚DEFENDER 2020‘“. Daran werden sich viele europäische Staaten beteiligen, um zu zeigen, „dass es möglich ist, in kurzer Zeit große Mengen an Panzern und Soldaten quer durch Europa an die russische Grenze zu transportieren.“ Vor allem im April und im Mai würden Truppen verlegt, unter Einbeziehung dreier „Convoy Support“ Zentren in Garlstedt

(Niedersachsen), Burg (bei Magdeburg) und des Truppenübungsplatzes Oberlausitz.

Die Linksfraktion will das nicht hinnehmen, denn nach unserer Auffassung dürfen die ostdeutschen Bundesländer nach dem am 12. September 1990 geschlossenen Zwei-plus-Vier-Vertrag kein Gebiet für militärische Aufmärsche und Stationierungen für NATO-Kräfte sein. Dies gilt besonders dann, wenn sich der Aufmarsch und die Großmanöver ganz direkt

gegen den Nachfolgestaat einer der Signatarstaaten, hier die Russische Föderation, richten. Deshalb werden wir das Manöver politisch begleiten und fordern die Landesregierung auf, gegenüber der Bundesregierung darauf hinzuwirken, dass der Zwei-plus-Vier-Vertrag uneingeschränkt eingehalten wird. Sachsen darf nicht mehr als Aufmarschgebiet genutzt werden!



Bild von OpenClipart-Vectors auf Pixabay

# Wir alle sind Sachsen – mehr Demokratie!

Auch für den Freistaat gilt: Die Bevölkerung ist der Souverän. Sie wählt den Landtag, nicht aber die Regierung. Die Regierung wird vom Parlament getragen und ist ihm Rechenschaft schuldig, der Bevölkerung sowieso. Es stärkt die Demokratie in unserem Lande, wenn die Regierung stärker für das öffentliche Interesse in die

Rechenschaftslegung ist aber nur möglich, wenn Informationen mitgeteilt werden müssen. Ein aktueller Gesetzentwurf der Linksfraktion soll die Regierung enger an die Leine legen, gegenüber dem Landtag ihr Handeln offenzulegen.

insbesondere für die Zusammenarbeit mit der EU. Das wollen wir in der Verfassung sowie in detail in einem Parlamentsinformationsgesetz regeln. Inspiration dazu kommt auch von der CDU-Fraktion im Landtag Mecklenburg-Vorpommerns, die 2004 ein solches Gesetz vorschlug.

aus dem Minister- oder Staatssekretärsamt ausscheidet.

Die Linksfraktion fordert deshalb eine Karenzregelung. Dann müsste eine neue Tätigkeit außerhalb des öffentlichen Diensts offiziell der Staatskanzlei angezeigt werden,

Ein zweiter Gesetzesvorstoß der LINKEN betrifft ebenfalls die

Pflicht genommen und wirksamer kontrolliert wird.



solange die Betroffene oder der Länger als 24 Monate aus dem Amt ausgeschieden ist. Ein besonders qualifiziertes und unabhängiges Gremium würde die Tätigkeit bewerten und eine Empfehlung abgeben, ob sie genehmigt werden sollte oder nicht. Im Einzelfall soll sie ganz oder teilweise untersagt werden, wenn durch die Beschäftigung öffentliche Interessen beeinträchtigt werden könnten. Für diese Beschränkung, die maximal 24 Monate dauern soll, ist freilich eine Kompensation vorgesehen. Über eine Beschränkung soll der Ministerpräsident entscheiden.

Wir sind gespannt auf die Debatte dazu und darauf, ob, wann und wie die vielfältigen Ankündigungen des Koalitionsvertrages umgesetzt werden.

Sie soll das Parlament noch frühzeitiger und noch umfangreicher als bisher über geplante Initiativen, insbesondere Gesetzesinitiativen, Staatsverträge, Verwaltungsabkommen und Bundesratsanliegen unterrichten. Das gilt

## Für eine Grundsicherung, die ihren Namen verdient

Das Bundesverfassungsgericht hat die Sanktionen bei Hartz IV für teilweise verfassungswidrig erklärt – und den Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern damit engere Grenzen gesetzt. Es verstößt gegen das Grundgesetz, Betroffenen mehr als 30 Prozent der Zahlungen oder die kompletten Leistungen zu streichen. Dann sind sie nämlich nicht mehr fähig, an ihrer Rückkehr auf den Arbeitsmarkt mitzuwirken.

Laut der Bundesagentur für Arbeit waren 2018 904.000 Leistungsbeziehende von neu ausgesprochenen Sanktionen betroffen, im Dezember wurden durchschnittlich 109 Euro, bei unter 25-jährigen Leistungsbeziehenden durchschnittlich 125 Euro vom kargen Regelsatz abgeknapp.

„Begrüßenswert“ findet **Susanne Schaper, in der Linksfraktion zuständig für Sozialpolitik**, das Urteil. „Damit stellt sich das Bundesverfassungsgericht hinter unsere Auffassung, dass die Mindestsicherung nicht gekürzt werden darf. Wir sind seit jeher strikt dagegen, dass sogar die Leistungen für Unterkunft und Heizung sowie die Beiträge zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung gestrichen werden dürfen.“ Es sei eines Sozialstaates unwürdig, Menschen unter das Existenzminimum zu drücken. „Arbeitssuchende Menschen sollen im Rahmen ihrer Möglichkeiten daran mitwirken, ihren Lebensunterhalt selbst zu bestreiten. Aber das können sie nicht ohne Wohnung oder Krankenversicherung.“

Dennoch wird es weiter Sanktionen geben, die Armut verschärfen. Im Landtag wenden wir uns dagegen und fordern eine Initiative im Bundesrat, um die Sanktionen auszusetzen und letztlich komplett abzuschaffen. Es muss eine Garantie her, dass das menschenwürdige Existenzminimum nicht unterschritten werden darf! Die Jobcenter müssen genug Personal und Mittel bekommen, um die Eingliederung zu befördern. Auch sollen Arbeitsuchende nur noch passgenaue Angebote zur Qualifizierung und Weiterbildung sowie Wahlmöglichkeiten erhalten.

Ein zweiter aktueller Antrag der Linksfraktion gilt dem Kampf gegen Kinderarmut. Die Landesregierung soll sich auf der Bundesebene dafür ein-

setzen, dass Kindergeld und Taschengeld einschließlich der Einnahmen aus sogenannten „Ferienjobs“ nicht mehr auf die Regelsätze von Kindern und Jugendlichen angerechnet werden. Einen entsprechenden Beschluss hat der Landtag in Sachsen-Anhalt auf einen Antrag der LINKEN bereits gefasst, sogar mit Zustimmung der dort regierenden Kenia-Koalitionsfraktionen CDU, SPD und Grüne. Mit den Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege, dem Kinderschutzverband Sachsen e. V. sowie weiteren Verbänden soll zudem debattiert werden, wie Kinderarmut überwunden werden kann.

Die Linksfraktion wird das Thema Armut weiter beharrlich auf die Landtags-Tagesordnung setzen!

# Antifa ist gemeinnützig!

Der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) ist durch das Finanzamt Berlin die Gemeinnützigkeit aberkannt worden. Begründet wird das mit dem Umstand, dass die VVN-BdA im bayerischen Verfassungsschutzbericht als „linksextrem“ gilt und auch Kommunistinnen und Kommunisten in seinen Reihen dulde. Letzteres folgt schlichtweg daraus, dass Kommunistinnen und Kommunisten im Naziregime verfolgt wurden ...

Der VVN-BdA drohen nun Steuernachzahlungen in fünfstelliger Höhe, wodurch die Organisation in ihrer Existenz bedroht wird. Die heute 94-jährige Esther Bejarano, die als junges Mädchen Auschwitz überlebt hat und heute Ehrenvorsitzende der VVN-BdA ist, hat sich empört an den Bundesfinanzminister Olaf Scholz gewandt. Sie schreibt: „Wir Überlebende der Shoah sind die unbequemen Mahner, aber wir haben unsere Hoffnung auf eine bessere und friedliche Welt nicht verloren. Dafür brauchen wir und die vielen, die denken

wie wir, Hilfe! Wir brauchen Organisationen, die diese Arbeit unterstützen und koordinieren. Nie habe ich mir vorstellen können, dass die Gemeinnützigkeit unserer Arbeit angezweifelt oder uns abgesprochen werden könnte! Dass ich das heute erleben muss! Haben diejenigen schon gewonnen, die die Geschichte unseres Landes verfälschen wollen, die sie umschreiben und überschreiben wollen?“

Auch **Franz Sodann, kulturpolitischer Sprecher der sächsischen Landtags-LINKE**, ist empört. „Alles wird getan, um rechtem Gedankengut weiter Vorschub zu leisten, man lässt sich jagen, ist voreilehend gehorsam. Wer einem Verein gegen Faschismus und Krieg, gegründet von ehemaligen KZ-Insassen, welcher das Gedenken an Millionen von Opfern aufrechterhält, die Gemeinnützigkeit entzieht, hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt.“ Alle Abgeordneten der sächsischen Linksfraktion haben nunmehr die Mitgliedschaft in der VVN-BdA beantragt, sofern sie nicht schon Mitglied waren.



## Die Gemeinschaftsschule kommt – aber mit Einschränkungen

*Nachdem der Landtagspräsident den Volksantrag für zulässig erklärt hat, wird er im Landtag zur Abstimmung kommen. Ohne ihn hätte es in den Koalitionsverhandlungen kaum Druck für unser Anliegen gegeben, die Gemeinschaftsschule endlich auch in Sachsen zu ermöglichen, stellt **Luise Neuhaus-Wartenberg, bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion**, fest. Und ohne DIE LINKE in Sachsen hätte es keinen Volksantrag gegeben, denn unsere Genossinnen und Genossen haben knapp die Hälfte der Unterschriften gesammelt.*

*Bald können Eltern, Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler also auch in Sachsen auf die Trennung nach der 4. Klasse verzichten. Gemeinschaftsschulen und längeres gemeinsames Lernen werden grundsätzlich möglich. Das ist ein Erfolg. Die zweite gute Nachricht ist, dass nach 15 Jahren wieder ein Volksantrag den Landtag erreicht hat. Das ist ein Zeichen der Hoffnung für die Demokratie und eine Ermutigung für andere, der von der CDU eingeschläferten Volksgesetzgebung wieder Leben einzuhauchen.*

*Die CDU kippt aber wieder einen großen Eimer Wasser in den Wein. Denn sie besteht auf eigene Änderungen am Volksantrag, ohne die es keine Zustimmung geben soll. „Das hinterlässt einen Eindruck von Miss-trauen gegenüber den Initiatorinnen und Initiatoren des Volksantrages und allen Wählerinnen und Wählern, die ihn mittragen“, so Neuhaus-Wartenberg. „Dass die Koalitionäre einen eigenen Vorschlag unterbreiten werden, ist nur ein geringer Trost. Die CDU errichtet damit höhere Hürden für die praktische*

*Gründung von Gemeinschaftsschulen. Das Anliegen des Volksantrages war ein anderes, nämlich den Akteuren vor Ort bei gemeinschaftlichem Handeln unkompliziert die Option Gemeinschaftsschule zu eröffnen.“*



*Man wolle zwar den Volksantrag „im parlamentarischen Verfahren zügig, vollständig und in Abstimmung mit den Vertrauenspersonen beraten und die Einrichtung von Gemeinschaftsschulen in Sachsen ermöglichen.“ Dazu wolle man einen Änderungsantrag erarbeiten. Darin will die CDU Hürden für die Einrichtung von Gemeinschaftsschulen aufbauen – so muss etwa eine Gemeinschaftsschule, welche die Klassen 1 bis 12 umfasst, ab Klasse 5 mindestens vierzünftig sein, im ländlichen Raum im Regelfall mindestens dreizünftig. Gemeinschaftsschulen von Klasse 1 bis 10 dürfen so nicht heißen, sondern als „Oberschule+“ nur außerhalb von Ober- und Mittelzentren gegründet werden und maximal zweizünftig sein.*

*Wir finden: Die CDU sollte den Wunsch vieler Menschen in Sachsen respektieren, eine Gemeinschaftsschule wählen zu können. Das ist der klare Wunsch der Bevölkerungsmehrheit, auch der CDU-Anhänger. Wir werden den Änderungsantrag zum Volksantrag genau prüfen und dann über die nächsten Schritte entscheiden.*

# Militär-Einsätze sind kein Abenteuerurlaub

Auf dem Leipziger Messegelände fand unlängst die Touristik- und Caravaning-Messe 2019 statt. Gezeigt wurden die neuesten Zelte, Wohnwagen, E-Bikes sowie attraktive Reiseziele aus der Region, etwa im Erzgebirge. Ein Stand aber fiel aus dem Bild und dem **mobilitätspolitischen Sprecher Marco Böhme** besonders auf: Die Repräsentanz der Bundeswehr in Halle 4, die um Rekruten und für Auslandseinsätze der Bundeswehr warb.

Der LINKEN-Abgeordnete findet es „inakzeptabel, dass das Militär auf einer Urlaubs- und Freizeitmesse um neue Soldatinnen und Soldaten sowie um ein gutes Image wirbt. Ich empfinde es als eine Geschmacklosigkeit erster Güte, dass Militäreinsätze, bei denen immer Menschenleben aufs Spiel gesetzt werden, im Stil eines Abenteuerurlaubs verkauft werden.“



Er lehne es entschieden ab, dass die Bundeswehr immer mehr Raum im öffentlichen Leben einnimmt. Sie habe weder etwas an Schulen und Universitäten noch an Freizeiteinrichtungen oder auf Urlaubsmessen zu suchen. Die Linksfraktion forderte die Eigentümer der Leipziger Messe, den Freistaat Sachsen und die Stadt Leipzig, auf ein Verbot von militärischen Ständen auf Messeausstellungen zu erlassen. Keine Bühne für das Militär!

Die Sache selbst wird ein parlamentarisches Nachspiel haben. Böhme wird mit einer Kleinen Anfrage an die Staatsregierung nachhaken, ob die Bundeswehr wenigstens auch wie alle übrigen Messteilnehmer eine entsprechende Standmiete entrichtet hat – oder ob sie sogar noch kostenfrei dort für schlechte Stimmung sorgen durfte.

# Kommen die Kinderrechte ins Grundgesetz?

Kinder sind keine Objekte des guten Willens der Erwachsenen – sondern eigenständige Persönlichkeiten, die Respekt verdienen und deren Wohl „bei allem staatlichen Handeln“ „vorrangig“ zu berücksichtigen wäre. Um das endlich sicher festzuschreiben, gehören Kinderrechte ins Grundgesetz! Bereits vor zwei Jahren wollten wir als sächsische Linksfraktion die damalige CDU/SPD-Koalition beauftragen, in Berlin dafür zu kämpfen. Ministerpräsident Kretschmer und die CDU lehnten ab.

Jetzt unternehmen wir einen neuen Anlauf, basierend auf dem Arbeitsergebnis einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Kinderrechte ins Grundgesetz“. Sie hat drei Formulierungen vorgeschlagen, mit denen die Verfassung geändert werden könnte. Die aus unserer Sicht beste Variante bringen wir nun im Landtag ein und wollen die Landesregierung beauftragen, sich für die Umsetzung stark zu machen.

Der Passus lautet: „Jedes Kind hat ein Recht auf Achtung, Schutz und Förderung seiner Grundrechte einschließlich seines Rechts auf Entwicklung zu einer eigenverantwortlichen Persönlichkeit in der sozialen Gemeinschaft. Das Wohl des Kindes ist bei allem staatlichen Handeln, das Kinder betrifft, vorrangig [alternativ: wesentlich] zu berücksichtigen. Jedes Kind hat bei staatlichen Entscheidungen, die seine

Rechte unmittelbar betreffen, einen Anspruch auf Gehör und auf Berücksichtigung seiner Meinung entsprechend seinem Alter und seiner Reife.“

Das Bundesjustizministerium hat indes einen Gesetzesentwurf vorgelegt und dabei Änderungen gegenüber dem Bericht der Arbeitsgruppe vorgenommen. **Anna Gorskih, Kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Linksfraktion**, kritisiert vor

allem den Wegfall des letzten Halbsatzes, wonach jedes Kind bei staatlichen Entscheidungen, die seine Rechte unmittelbar betreffen, einen Anspruch auf Gehör und Berücksichtigung seiner Meinung hätte. „Dies entspräche meiner Überzeugung, dass jeder Mensch, der von politischen Entscheidungen betroffen ist, auch das Recht auf Mitsprache und Mitbestimmung haben muss. Dass es nun anders kommen soll, ist inakzeptabel.“ Vor 30

Jahren hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen die UN-Kinderrechtskonvention beschlossen – höchste Zeit zum Handeln.

Da eine Verfassungsänderung auf der Bundesebene langwierig ist, dürfte noch eine Zeitlang um die Formulierungen gerungen werden. Die Landtags-LINKE hat klargemacht, worauf es uns ankommt. Die neue Landesregierung wird sich bekennen müssen.



Bild: Ralf Roletschek (Iak) - Fahrradtechnik auf fahrradmonteur.de / Wikimedia Commons / CC BY-NC-ND 3.0

## Die inhaltliche Arbeit startet

Der Landtag hat seinen regulären Betrieb noch nicht wieder aufgenommen – bisher wurden keine Ausschüsse gebildet, in denen sonst über Gesetze, Anträge und weitere Drucksachen diskutiert wird. Dennoch arbeiten die Abgeordneten der Linksfraktion an parlamentarischen Vorstößen und entwickeln politische Konzepte. Um das zu strukturieren, haben sie sich in drei Arbeitskreisen zusammengeschlossen.

### Arbeitskreis „Demokratische Gesellschaft“

#### Themengebiete:

Frieden  
Inneres  
Polizei  
Bevölkerungsschutz  
Antifaschismus  
Verfassungsschutz  
Kommunales  
Verfassung und Recht, Strafvollzug  
Bürger\*innenrechte, Demokratie  
Kirchen  
Datenschutz  
Zivilgesellschaft/Ehrenamt  
Politische Bildung  
Medien/Netzpolitik  
„Der Osten“  
Europa

### Mitwirkende Abgeordnete:

Antje Feiks, Rico Gebhardt, Anna Gorskih, Kerstin Köditz, Mirko Schultze, Marika Tändler-Walenta

### Arbeitskreis „Nachhaltige Entwicklung“

#### Themengebiete:

Umwelt  
Energie, Ressourcenwirtschaft  
Verkehr  
Landwirtschaft/Forst  
Klimaschutz  
Landesentwicklung  
Wirtschaft  
Gewerkschaft  
Ausbildung  
Kreativwirtschaft  
Arbeitsmarkt  
Tourismus  
Forschung  
Denkmalschutz  
Strukturentwicklung  
Haushalt/Finanzen, Fördermittel  
Verwaltung/öffentlicher Dienst  
Bauen/Wohnen  
Digitalisierung

### Mitwirkende Abgeordnete:

Marco Böhme, Nico Brünler, Antje

Feiks, Antonia Mertsching, Juliane Nagel, Mirko Schultze

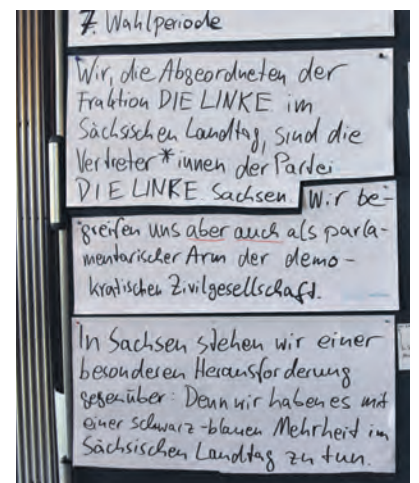
### Arbeitskreis „Soziale Daseinsvorsorge“

#### Themengebiete:

Soziales  
Pflege  
Gesundheit  
Gesundheitswirtschaft  
Armutsbekämpfung  
Familie  
Jugend  
Kinder  
Senior\*innen  
Drogen  
Bildung: Kita, Weiterbildung, Schule, Hochschule/Wissenschaft  
Kultur  
Sorben  
Erinnerungskultur  
Gleichstellung  
Queer  
Inklusion  
Migration/Integration

### Mitwirkende Abgeordnete:

Sarah Buddeberg, Anna Gorskih, Juliane Nagel, Luise Neuhaus-Wartenberg, Susanne Schaper, Franz Sodann, Marika Tändler-Walenta



## Impressum

Fraktion DIE LINKE  
im Sächsischen Landtag  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1  
01067 Dresden

Telefon: 0351/493-5800  
Telefax: 0351/493-5460

E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de  
www.linksfraktion-sachsen.de

Vi.S.d.P.: Marcel Braumann  
Redaktion: Kevin Reißig

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Sächsischen Landtag